

377/57

27. 6. 1957.

Regierungsvorlage.

Abkommen

zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika, betreffend bestimmte auf Dollar lautende österreichische Obligationen

Da einige (öffentliche sowie private) Anleiheemissionen von auf amerikanische Dollar lautenden und in den Vereinigten Staaten zahlbaren österreichischen Inhaberoobligationen, für die Treuhänder, Fiskalagenten oder Zahlstellen in den Vereinigten Staaten bestellt sind (in der Folge „österreichische Dollar-Obligationen“ genannt), noch ausstehend sind; und

da eine gewisse Anzahl dieser Obligationen von den Anleiheschuldnern selbst oder in ihrem Namen zu Tilgungszwecken, oder während des zweiten Weltkrieges oder in der Zeit unmittelbar davor vom Deutschen Reich oder in dessen Namen, sowie von der Reichsbank, der Konversionskasse für Deutsche Auslandsschulden oder der Deutschen Golddiskontbank oder im Namen dieser Institutionen erworben und vom Schuldner, von der Regierung des Deutschen Reiches oder deren oben genannten beauftragten Stellen oder im Namen derselben nicht wieder in den Verkehr gebracht wurden; und

da die betreffenden Obligationen in den amtlichen Aufzeichnungen der Treuhänder, Fiskalagenten oder Zahlstellen noch nie auf irgendeine Weise gelöscht oder zur Löschung vorgelegt wurden und daher scheinbar gültige Schuldverreibungen darstellen und in diesen Aufzeichnungen als noch ausstehend geführt werden; und

da eine große Anzahl dieser Obligationen während der Feindseligkeiten im zweiten Weltkrieg oder unmittelbar nachher in Deutschland oder in Österreich entwendet wurden oder dort verschwunden sind; und

da die verschiedenen oben bezeichneten Obligationen teilweise oder sämtlich auf widerrechtliche Weise in die Hände von Personen gefallen sein können, die versuchen werden, sie zu veräußern oder hieraus Ansprüche gegen die Schuldner, Treuhänder, Fiskalagenten oder Zahlstellen geltend zu machen oder auf andere Weise aus ihrer ungesetzlichen Erwerbung Nutzen zu ziehen; und

Agreement

between the Republic of Austria and the United States of America regarding certain bonds of Austrian issue denominated in dollars

WHEREAS there are outstanding several issues of bearer bonds of Austrian debtors (both public and private) denominated in American dollars which are payable in the United States and for which there are corporate trustees, fiscal agents or paying agents in the United States (which bonds are herein called "Austrian dollar bonds"); and

WHEREAS a certain number of these bonds were acquired by or on behalf of the issuers/for eventual retirement, or immediately before or during World War II were acquired by or on behalf of the German Reich (Deutsches Reich), the Reichsbank, the Konversion Kasse für Deutsche Auslandsschulden, or the Deutsche Golddiskontbank, which bonds were not reintroduced into circulation by or on behalf of the issuer, the Government of Germany, or one of its said agencies; and

WHEREAS the bonds in question were never canceled in any way or presented for cancellation on the official records of the trustees, fiscal agents or paying agents, and therefore appear on their face to be valid obligations and are carried on such records as still outstanding; and

WHEREAS many of these bonds were stolen or disappeared in Germany or Austria during the hostilities of World War II or immediately thereafter; and

WHEREAS some or all of the various bonds described above may have fallen unlawfully into the hands of persons who will seek to negotiate them or to make claim against the debtors, trustees, fiscal agents or paying agents, or otherwise profit from their illegal acquisition; and

da jede Zahlung auf solche derzeit in widerrechtlichem Besitz stehende Obligationen notwendigerweise zu einer Minderung ausländischer Valuten oder anderer Geldmittel führen würde, die für Zahlungen an rechtmäßige Inhaber, von denen eine große Anzahl Staatsangehörige der Vereinigten Staaten sind, zur Verfügung stehen; und

da jede Zahlung auf solche derzeit in widerrechtlichem Besitz stehende Obligationen, nachdem diese zu Tilgungszwecken erworben wurden und nicht mehr gültige und eigentliche Verbindlichkeiten des Schuldners darstellen, auch gegenüber den österreichischen Schuldnern unbillig wäre; und

da der freie und offene Handel mit allen österreichischen Dollar-Obligationen in den Vereinigten Staaten durch die Ungewißheit, die sich aus der oben geschilderten Lage ergibt, behindert ist; und

da in Übereinstimmung mit dem österreichischen Bundesgesetz Nr. 22 vom 16. Dezember 1953 die österreichische Regierung im Jahre 1954 zu verschiedenen Zeitpunkten, beginnend mit dem 1. Februar, im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ Verzeichnisse der Nummern österreichischer Dollar-Obligationen veröffentlicht hat, die in Anlage A zu diesem Abkommen angeführt sind; und

da im österreichischen Bundesgesetz Nr. 22 vorgesehen ist, daß die Obligationen der im zweiten Absatz bezeichneten Kategorien unter der Voraussetzung einer solchen Veröffentlichung für erloschen anzusehen sind, mit der Maßgabe, daß deren Inhaber, die sich als geschädigt erachten, zur Vorbringung ihrer Ansprüche bei österreichischen Gerichten innerhalb von vorgeschriebenen Fristen berechtigt sein sollen, jedoch mit Ablauf dieser Fristen von der Ansprucherhebung auszuschließen wären; und

da es dem Wunsche der vertragschließenden Parteien entspricht, allen Inhabern österreichischer Dollar-Obligationen, soweit sie sich durch die oben erwähnte österreichische Rechtsetzung als geschädigt erachten, zusätzlich der schon gesetzlich eingeräumten eine angemessene Möglichkeit zu bieten, ihre Ansprüche bei einer zuständigen und leicht zugänglichen Schiedsstelle geltend zu machen; und

da es aus den oben dargelegten Gründen wünschenswert ist, angemessene Verjährungsfristen für die Geltendmachung derartiger Ansprüche anzusetzen, nach deren Ablauf die auf Besitz von in Anlage A aufgezählten Obligationen gestützten Forderungen nicht mehr klagbar sein werden; und

da die Schaffung einer entsprechenden Grundlage und eines angemessenen Verfahrens zur Erreichung der oben genannten Ziele wünschenswert erscheint;

WHEREAS any payment on those bonds which are now held unlawfully would necessarily reduce the amount of foreign exchange or other funds available to make payments to legitimate holders, a large number of whom are nationals of the United States; and

WHEREAS any payment on those bonds which are now unlawfully held after having been acquired for eventual retirement, and which no longer represent valid and proper obligations of the issuer, would also be inequitable to the Austrian debtors; and

WHEREAS the free and open trading in the United States of all Austrian dollar bonds is impeded by the uncertainties arising from the situation described above; and

WHEREAS pursuant to Austrian Law No. 22 of December 16, 1953, the Government of Austria on various dates in 1954, commencing on February 1st, published in the "Amtsblatt zur Wiener Zeitung" lists of numbers of the Austrian dollar bonds as recited in Annex A of this Agreement; and

WHEREAS Austrian Law No. 22 provided in effect that bonds of the type described in the second recital shall be deemed extinguished provided that such publication is made, but that holders thereof deeming themselves aggrieved shall have the right to present their claims to the Austrian courts within prescribed periods upon the expiration of which their claims would be barred; and

WHEREAS it is the desire of the contracting parties that all holders of Austrian dollar bonds who deem themselves aggrieved by the Austrian legislation referred to above shall have an adequate opportunity, in addition to that already provided by law, to present their claims before an appropriate and convenient tribunal; and

WHEREAS for the reasons set forth above it is desirable that reasonable periods of limitation be provided for the assertion of such claims, upon the expiration of which the bonds listed in Annex A shall no longer be enforceable; and

WHEREAS it is desirable to establish a proper basis and appropriate procedures for accomplishing the foregoing objectives;

sind daher die Vereinigten Staaten von Amerika und die Republik Österreich übereingekommen wie folgt:

Artikel I

1. Die beiden Regierungen errichten hiemit gemeinsam ein Schiedsgericht für österreichische Dollar-Obligationen im folgenden „das Schiedsgericht“ genannt.

2. Das Schiedsgericht setzt sich zusammen aus zwei Mitgliedern und einem Vorsitzenden. Ein Mitglied ist von der Regierung der Republik Österreich, das andere Mitglied von der Regierung der Vereinigten Staaten, der Vorsitzende (ein Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten) auf Grund einer Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen zu bestellen.

Artikel II

1. Inhaber der in Anlage A aufgezählten Obligationen, die behaupten, daß diese Obligationen ungerechtfertigter Weise für ungültig erklärt worden sind, können diese zwecks Feststellung ihrer Anrechte auf gültige Schuldverschreibungen dem Schiedsgericht innerhalb anderthalb Jahren nach der ersten Veröffentlichung der im Artikel XII dieses Abkommens vorgeschriebenen Verlautbarung, eventuell zu einem späteren Zeitpunkt nach Maßgabe des Artikels XV, unterbreiten. Ein Inhaber, der eine Obligation dem Schiedsgericht vorlegt, hat ebenso Beweismittel zu unterbreiten, um nachzuweisen, daß diese Obligation den Erfordernissen des Paragraphen 2 a) oder b) dieses Artikels entspricht.

2. Ist das Schiedsgericht nach Prüfung sämtlicher einschlägiger, ihm vom Inhaber vorgelegter oder anderweitig zugänglicher Beweismittel zur Überzeugung gelangt, daß eine ihm gemäß Paragraph 1 unterbreitete Obligation entweder

a) sich am 1. Januar 1945 außerhalb Österreich oder Deutschland nach dem Gebietsstand vom 31. Dezember 1937 befunden hat, oder

b) vom Inhaber vor dem 1. Januar 1945 erworben wurde oder hinsichtlich ihrer Erwerbung sich durch eine geschlossene Reihe zulässiger Geschäfte auf den Inhaber dieser Obligation bis zum 1. Januar 1945 zurückführen läßt, vorausgesetzt, daß die Obligation weder vom oder für den Schuldner, von der Regierung des Deutschen Reiches oder von einer von ihr beauftragten, im zweiten Absatz der Präambel angeführten Stelle erworben wurde, es sei denn, daß diese Obligation noch vor dem 8. Mai 1945 vom Schuldner, von der Regierung des Deutschen Reiches oder von einer ihrer oben genannten beauftragten Stelle oder in deren Namen wieder in den Verkehr gebracht wurde,

NOW, THEREFORE, the Republic of Austria and the United States of America have agreed as follows:

Article I

1. The two Governments hereby establish jointly a Tribunal for Austrian Dollar Bonds, hereinafter referred to as the Tribunal.

2. The Tribunal shall consist of two members and a Chairman. One member shall be appointed by the Government of the United States, the other member by the Government of Austria, and the Chairman (a citizen of the United States) by agreement between the two Governments.

Article II

1. Holders of any bonds listed in Annex A who claim such bonds were improperly declared invalid may submit them for a determination of their rights to valid bonds, to the Tribunal within eighteen months from the first publication of the notice prescribed in Article XII of this Agreement or such further time as may be provided pursuant to Article XV. A holder who submits a bond to the Tribunal shall submit therewith evidence to establish that such bond meets the requirements of paragraph 2 (a) or 2 (b) of this Article.

2. If, upon consideration of all pertinent evidence submitted by the holder or otherwise received by the Tribunal with respect to any bond submitted to it pursuant to paragraph 1, the Tribunal is satisfied either

(a) that, on January 1, 1945, the bond was located outside the borders of Austria and Germany as they existed on December 31, 1937, or

(b) that the bond was acquired by the holder prior to January 1, 1945 or in a chain of lawful acquisitions traced back to the owner of such bond on January 1, 1945, provided that the bond had not been acquired by or on behalf of the issuer or by the Government of Germany or one of its agencies, referred to in the second paragraph of the Preamble, unless such bond was reintroduced into circulation prior to May 8, 1945 by or on behalf of the issuer, the Government of Germany or one of its aforementioned agencies,

so hat das Schiedsgericht eine dahingehende Feststellung zu treffen und dem Obligationsinhaber zu bescheinigen, daß er Anrecht hat auf eine gültige Schuldverschreibung der gleichen Emission und des gleichen Nennwertes mit Stücknummer, die nicht auf dem in Anlage A enthaltenen Verzeichnis steht, und der Zinsscheine mit den gleichen Fälligkeitsterminen beigegeben sind, wie diese vom Inhaber vorgelegt wurden. Je eine Ausfertigung dieser Bescheinigung ist dem Obligationsinhaber und dem Schuldner unverzüglich zuzustellen. Auf Grund dieser Bescheinigung hat der Schuldner nach Maßgabe der vom Schiedsgericht zu bestimmenden Frist und Weise zu veranlassen, daß dem Schiedsgericht eine solche gültige Schuldverschreibung im Austausch gegen die dem Schiedsgericht unterbreitete Obligation ausgeliefert wird, worauf das Schiedsgericht dem Inhaber diese gültige Schuldverschreibung auszufolgen hat.

3. Ist das Schiedsgericht nach Prüfung des ihm vorliegenden Beweismaterials nicht davon überzeugt, daß die Voraussetzungen des Paragraphen 2 a) oder b) erfüllt sind, so hat es eine dahingehende Feststellung zu treffen und sämtliche Parteien davon schriftlich zu verständigen, unter Angabe der diesbezüglichen Begründung. Das Schiedsgericht hat daraufhin die Obligation dem Inhaber umgehend zurückzustellen.

Artikel III

Alle Entscheidungen und Feststellungen des Schiedsgerichtes sind von den beiden Mitgliedern gemeinsam, soweit zwischen ihnen Übereinstimmung herrscht, zu treffen. Stimmen sie nicht überein, so haben sie die Angelegenheit an den Vorsitzenden zu verweisen, dessen Entscheidung oder Feststellung in diesem Falle als Entscheidung bzw. Feststellung des Schiedsgerichtes gilt.

Artikel IV

Das Schiedsgericht hat seinen Sitz in der Stadt New York im State New York. Es unterhält eine Geschäftsstelle, bei der ein ordnungsmäßig beauftragter Vertreter der Mitglieder und des Vorsitzenden für Prozeßzustellungen im Sinne des Artikels VIII legitimiert ist. Wenn außergewöhnliche Umstände es bedingen, kann das Schiedsgericht auch anderwärts Sitzungen abhalten.

Artikel V.

Das Schiedsgericht erläßt für die Fällung von Entscheidungen über die ihm unterbreiteten Wertpapiere sinngemäße Bestimmungen und Verfahrensvorschriften.

the Tribunal shall make a finding to that effect and shall certify the holder of such bond to be entitled to a valid bond of the same issue and denomination bearing a serial number not appearing in the list contained in Annex A hereof and having attached thereto coupons of the same payment dates as those submitted by the holder. A copy of such certificate shall forthwith be furnished to the bondholder and the issuer. Upon such certification, the issuer shall, within such time and in such manner as the Tribunal may determine, cause such valid bond to be delivered to the Tribunal in exchange for the bond submitted to the Tribunal, and the Tribunal shall deliver such valid bond to the holder.

3. If, upon consideration of the evidence before it, the Tribunal is not satisfied that the requirements of paragraph 2 (a) or 2 (b) have been met, it shall make a finding to that effect and notify all parties in writing of such finding and the reasons therefore. The Tribunal shall thereupon promptly return the bond to its holder.

Article III

All decisions and findings of the Tribunal shall be by joint action of its two members if they are in agreement. If they are not in agreement, they shall refer the matter to the Chairman, whose decision or finding in such case shall constitute the decision or finding of the Tribunal.

Article IV

The seat of the Tribunal shall be in New York City in the State of New York. The Tribunal shall maintain an office at which there shall be a duly appointed agent of the members and the Chairman for service of process in the cases referred to in Article VIII. The Tribunal may, in view of exceptional circumstances, hold sessions elsewhere.

Article V

The Tribunal shall adopt reasonable regulations and procedures for the determination of cases with regard to bonds submitted to it.

Artikel VI

1. Das Schiedsgericht hat die Parteien umgehend zu verständigen in jedem Fall, wenn ihm eine der in Anlage A aufgezählten Obligationen zwecks Feststellung der Rechte der Inhaber unterbreitet worden ist. Dem Schuldner ist die Gelegenheit zur Anhörung und Vorlage von Beweismaterial zu geben.

2. Zur Entscheidung der im Artikel II angeführten Tatbestandsfragen kann das Schiedsgericht Ermittlungen, die es zwecks Feststellung der Tatsachen für notwendig erachtet, anstellen. Wird eine Untersuchung vorgenommen, so hat das Schiedsgericht hierüber eine Niederschrift anzufertigen, die einen Bestandteil der Akten bildet. Beiden Parteien ist eine angemessene Gelegenheit zur Widerlegung des sich jeweils aus einer solchen Untersuchung ergebenden Beweismaterials zu gewähren.

3. Ehe das Schiedsgericht eine Feststellung gemäß Artikel II, Paragraph 2 oder 3, trifft, hat es die Parteien schriftlich über die in Aussicht genommene Feststellung und über das dieser zugrunde liegende Beweismaterial zu unterrichten und ihnen eine angemessene Gelegenheit zur Vorlage von weiteren Beweismitteln zu gewähren.

4. Das Schiedsgericht ist nicht durch formelle Verfahrensregelungen der Beweisführung gebunden und hat jedes ihm vorgelegte Beweismittel zuzulassen, dem es mit Hinsicht auf die im Paragraph 2 des Artikels II bezeichneten Tatbestände Beweiskraft zumißt. Insbesondere und ohne die Grundsätzlichkeit des oben Gesagten einzuschränken, kann das Schiedsgericht Bankabrechnungen, Abrechnungen von Börsenmaklern oder -händlern, sowie eidesstattliche Erklärungen zulassen. Zeugen, die vor dem Schiedsgericht aussagen, können vereidigt werden.

5. Das Schiedsgericht kann außer dem ihm vorgelegten auch noch zusätzliches Beweismaterial anfordern.

6. Das Schiedsgericht kann von Amts wegen mündliche Verhandlungen abhalten; auf Antrag einer der Parteien hat es solche Verhandlungen abzuhalten.

Artikel VII

1. Die Ungültigkeitserklärung einer Obligation durch ein österreichisches Gericht ist vom Schiedsgericht

- a) im Falle einer Antragstellung gemäß Paragraph 2 a), Artikel II, als Beweis dafür anzuerkennen, daß sich diese Obligation zum 1. Januar 1945 innerhalb Österreichs oder Deutschlands befand;
- b) im Falle einer Antragstellung gemäß Paragraph 2 b), Artikel II, als Beweis dafür anzuerkennen, daß diese Obligation vor dem 1. Januar 1945 vom oder für den Schuldner,

Article VI

1. The Tribunal shall promptly notify the parties in interest whenever a bond listed in Annex A has been submitted for a determination of the holder's rights. The issuer shall be given an opportunity to be heard and to present evidence.

2. For the determination of the issues referred to in Article II the Tribunal may make such investigation as it considers necessary to ascertain the facts. If such an investigation is made, the Tribunal shall reduce the results thereof to writing which shall constitute part of the record. Both parties shall be given a reasonable opportunity to rebut any evidence resulting from such investigation.

3. The Tribunal before making any finding under paragraphs 2 or 3 of Article II shall notify the parties in writing of its proposed finding and the evidence upon which it is based and give them reasonable opportunity to submit additional evidence.

4. The Tribunal shall not be bound by technical rules of evidence and shall accept any evidence submitted to it which it deems to have probative value regarding the situations described in paragraph 2 of Article II. In particular, and without limiting the generality of the foregoing, the Tribunal may accept bank statements, statements of security brokers or dealers, and affidavits. Witnesses before the Tribunal may be sworn.

5. The Tribunal may request additional evidence beyond that submitted to it.

6. The Tribunal may hold hearings on its own motion and it shall hold hearings at the request of any party in interest.

Article VII

1. An invalidation decree by an Austrian court with respect to any bond shall be considered by the Tribunal:

- (a) in the case of a holder claiming under paragraph 2 (a) of Article II, as evidence, that such bond was issued Austria or Germany on January 1, 1945;
- (b) in the case of a holder claiming under paragraph 2 (b) of Article II, as evidence, that such bond was acquired by or on behalf of the issuer, or by the Government

von der Regierung des Deutschen Reiches oder einer von ihr beauftragten Stelle erworben worden und nicht noch vor dem 8. Mai 1945 vom Schuldner, von der Regierung des Deutschen Reiches oder von einer von ihr beauftragten Stelle oder in deren Namen wieder in den Verkehr gebracht worden war.

2. Fehlen anderweitige Beweise, so ist der Ungültigkeitsbescheid maßgebend. Werden jedoch andere Beweismittel vorgelegt oder entgegengenommen, so ist dem Bescheid nur so viel Gewicht beizumessen, wie es nach Ermessen des Schiedsgerichtes die Umstände, die seiner Fällung zugrunde liegen, rechtfertigen.

Artikel VIII

Die Mitglieder des Schiedsgerichtes sind sowohl ermächtigt als auch verpflichtet, sich der Zustellung von gerichtlichen Prozeßurkunden, die von einem amerikanischen Bundesgericht der ersten Instanz (United States District Court) auf Grund eines vom Inhaber einer der in Anlage A aufgezählten Obligationen eingeleiteten Verfahrens zwecks Feststellung, ob die Voraussetzungen des Artikels II erfüllt worden sind, erlassen werden, nicht unter Berufung auf die Immunität zu entziehen. Ein solches Verfahren muß binnen 4 Monaten, nachdem das Schiedsgericht seine Feststellung mit eingeschriebenem Brief an die ihm vom Antragsteller zuletzt bekanntgegebene Adresse abgesendet hat, eingeleitet werden. Das Schiedsgericht hat dem Schuldner mittels Einschreibebrief mitzuteilen, daß dieses Verfahren anhängig ist. Die Mitglieder des Schiedsgerichtes, einschließlich des Vorsitzenden, haben den Urteilen, Verfügungen oder Beschlüssen, die von einem solchen amerikanischen Bundesgericht ausgesprochen werden, stattzugeben. Die vom Schiedsgericht auf Grund solcher Urteile, Verfügungen oder Beschlüsse ausgestellte Bescheinigung hat dieselbe Wirkung wie eine Bescheinigung gemäß Paragraph 2 des Artikels II.

Artikel IX

Alle Ansprüche aus Obligationen, die in Anlage A aufgezählt sind, sind von der Einbringung im Klagewege auszuschließen,

- a) wenn diese Obligationen dem Schiedsgericht anderthalb Jahre nach endgültiger Feststellung des Schiedsgerichtes gemäß Artikel II oder nach rechtskräftiger Entscheidung des amerikanischen Bundesgerichtes auf Grund eines im Artikel VIII angeführten Verfahrens unterbreitet worden sind; oder
- b) anderthalb Jahre nach der ersten Veröffentlichung der im Artikel XII vorgeschriebenen Verlautbarung; oder
- c) anderthalb Jahre nach dem ursprünglichen Fälligkeitsdatum der Obligation.

of Germany or one of its agencies before January 1, 1945 and was not reintroduced into circulation prior to May 8, 1945 by or on behalf of the issuer, the Government of Germany or one of its aforementioned agencies.

2. In the absence of other evidence such invalidation decree shall be controlling. If, however, other evidence is submitted or received, the decree shall be given only the weight which the circumstances surrounding its entry justify in the Tribunal's judgment.

Article VIII

The members of the Tribunal are authorized and bound not to claim any immunity from service of process issuing from any United States District Court in proceedings brought by any holder of a bond listed in Annex A to determine whether the requirements of Article II have been met. Such proceedings must be brought within four months after a registered letter giving notice of the determination of the Tribunal has been mailed to the claimant at the last address furnished by him to the Tribunal. The Tribunal shall notify the issuer of the pendency of such action by registered mail. The members of the Tribunal, including the Chairman, will comply with any judgment, order or decree that such Court may issue in such proceedings. A certificate issued by the Tribunal pursuant to any such judgment, order or decree shall have the same effect as a certificate issued pursuant to paragraph 2 of Article II.

Article IX

All rights of enforcement of the bonds listed in Annex A shall be barred:

- (a) if submitted to the Tribunal, eighteen months after final determination of the Tribunal under Article II or after final decision by the Court in proceedings referred to in Article VIII, or
- (b) eighteen months after the first publication of the notice prescribed in Article XII, or
- (c) eighteen months after the original maturity date of the bond.

wobei der jeweils späteste Termin maßgebend ist, es sei denn, daß die betreffende Frist gemäß Artikel XV von den beiden Regierungen verlängert wird.

Artikel X

Alle Inhaber der dem Schiedsgericht gemäß Artikel II unterbreiteten Obligationen sind von den Bestimmungen der Artikel II, IV, VI, VII, VIII und IX in Kenntnis zu setzen.

Artikel XI

1. Frühere Inhaber einer in Anlage A aufgezählten Obligation oder deren gemäß den derzeit geltenden österreichischen Rückstellungsgesetzen bestimmten Rechtsnachfolger können bei der Rückstellungskommission beim Landesgericht für Zivilrechtssachen Wien einen Feststellungsbescheid gegen den Anleiheschuldner beantragen, daß ihnen die Obligation im Sinne der österreichischen Rückstellungsgesetze entzogen worden ist. Dieser Antrag sowie ein zweiter Antrag auf Ausstellung einer gültigen Schuldverschreibung gemäß Paragraph 3 dieses Artikels sind gemeinsam und bis spätestens anderthalb Jahre nach der ersten Veröffentlichung der im Artikel XII dieses Abkommens vorgeschriebenen Verlautbarung, eventuell zu einem späteren Zeitpunkt nach Maßgabe des Artikels XV einzureichen.

2. Bei der Feststellung, ob dem Antragsteller seine Obligationen im Sinne der österreichischen Rückstellungsgesetze entzogen worden sind, soll es unmaßgeblich sein, ob diese Entziehung im Inland oder im Ausland erfolgt ist.

3. Findet die Rückstellungskommission, daß die Obligation dem Antragsteller im Sinne der österreichischen Rückstellungsgesetze entzogen worden ist, so hat sie über diesen Befund eine Bescheinigung in ihrem Bescheid auszusprechen und den Anleiheschuldner gemäß dem zweiten Antrag für pflichtig zu erklären, dem Antragsteller innerhalb von 90 Tagen, gerechnet vom Tage des Bescheides, eine gültige Schuldverschreibung auszustellen, die mit einer anderen Stücknummer versehen ist und in jeder Hinsicht der dem Antragsteller entzogenen Obligation entspricht; der zweite Antrag ist jedoch abzuweisen, insoweit der Anleiheschuldner Zahlungen gemäß den jeweils geltenden Bestimmungen geleistet hat und diese vom Anleihegläubiger in Empfang genommen wurden.

4. Weder die Begebung von Schuldverschreibungen der Reichsanleihe 1938, II. Ausgabe, im Wege des Umtausches gemäß dem Entschädigungsangebot der deutschen Reichsregierung vom 25. Oktober 1938 an Eigentümer österreichischer Schuldverschreibungen noch die Begebung von Reichsmarkobligationen von österreichischen Unternehmen oder Gebietskörperschaften zwecks Umtausch gegen Dollar-Obligationen in der Zeit vom 8. März 1938 bis 8. April 1945 wird für

whichever is later, unless such time is extended by the two Governments in accordance with Article XV.

Article X

All holders of bonds submitted to the Tribunal in accordance with Article II shall be informed of the provisions of Articles II, IV, VI, VII, VIII and IX.

Article XI

1. Former holders of any bond listed in Annex A or their successors in interest as determined by the present Austrian Restitution Laws may apply to the Restitution Commission at the Landesgericht für Civil Matters at Vienna for a decree against the bond debtor to the effect that they were deprived of their bond within the meaning of the Austrian Restitution Laws. This application and a second application for the issuance of a valid bond as provided in paragraph 3 of this Article shall be filed jointly and no later than eighteen months from the first publication of the notice prescribed in Article XII of this Agreement or such further time as may be provided pursuant to Article XV.

2. In determining whether the applicant was deprived of his bond within the meaning of the Austrian Restitution Laws it shall be immaterial whether the act of deprivation took place in or outside Austria.

3. If the Restitution Commission finds that the applicant was deprived of his bond within the meaning of the Austrian Restitution Laws it shall certify this fact in its decree and, pursuant to the second application, it shall adjudge the bond issuer liable to issue to the applicant within 90 days from the date of the decree a valid bond which shall bear a different serial number and which shall be equivalent in every respect to the bond of which the applicant has been deprived; the second application shall be denied, however, to the extent that payments were made by the bond debtor in accordance with regulations in force at the time and accepted by the creditor.

4. Neither the issuance of bonds of the Reichsanleihe 1938, Series II, by way of exchange in accordance with the offer of indemnification of the German Reich Government made to owners of Austrian bonds, of October 25, 1938, nor the issuance between March 8, 1938 and April 8, 1945 of Reichsmark bonds by Austrian corporate or municipal debtors in exchange for dollar bonds will, for the purposes of this Article, be considered as having deprived the former owner of

Zwecke dieses Artikels als Entziehung der Obligation zu Lasten des früheren Eigentümers im Sinne der österreichischen Rückstellungsgesetze betrachtet, es sei denn, daß der Umtausch durch unmittelbaren Zwang gegenüber dem früheren Eigentümer herbeigeführt worden ist.

Artikel XII

1. Um sicherzustellen, daß Inhaber der in Anlage A aufgezählten Obligationen sowie auch frühere Inhaber solcher Wertpapiere oder deren Rechtsnachfolger rechtzeitig und entsprechend davon in Kenntnis gesetzt werden, welche Schritte sie zwecks Feststellung ihrer Rechte gemäß diesem Abkommen vorzunehmen haben, hat die österreichische Regierung die Veröffentlichung einer entsprechenden Verlautbarung zu veranlassen. Diese Verlautbarung hat den Namen des Schuldners, des Treuhänders oder des Fiskalagenten sowie eine Beschreibung der Emission jeder der in Anlage A genannten Obligationsanleihen zu enthalten. Auch hat die Verlautbarung darauf hinzuweisen, daß gewisse Obligationen der aufgezählten Anleihen ungültig erklärt worden sind, entweder kraft der Verfügungen österreichischer Gerichte in diesbezüglich eingeleiteten Verfahren oder auf Grund österreichischer Gesetzesvorschriften. In der Verlautbarung ist bekanntzugeben, von welchen Stellen genaue Auskünfte über die Stücknummern der auf diese Weise für ungültig erklärten Obligationen eingeholt werden können, weiterhin eine Anleitung zum Verfahren, wonach die Inhaber solcher Obligationen und die früheren Inhaber oder deren Rechtsnachfolger eine Feststellung ihrer Rechte und gegebenenfalls die Ausfolgung von gültigen Obligationen bewirken können, und schließlich eine Angabe über die Frist, innerhalb welcher die Antragsteller zu verfahren haben. Ehe die Verlautbarung veröffentlicht werden kann, bedürfen deren Inhalt, Umfang und äußerliche Form nach Paragraph 2 dieses Artikels der Genehmigung der Regierung der Vereinigten Staaten.

2. Die Veröffentlichung der Verlautbarung hat innerhalb eines Monats nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens gleichzeitig in mindestens 15 Zeitungen oder Finanz-Zeitschriften in den Vereinigten Staaten und 5 Zeitungen oder Finanz-Zeitschriften in Europa zu erfolgen. Die Auswahl dieser Zeitungen oder Finanz-Zeitschriften untersteht der Genehmigung der Regierung der Vereinigten Staaten. Die Veröffentlichung der Verlautbarung hat innerhalb eines Zeitraumes von 90 Tagen an drei verschiedenen Tagen zu erfolgen.

3. Die Verlautbarung ist nochmals an drei verschiedenen Tagen in drei in den Vereinigten Staaten allgemein verbreiteten Zeitungen oder Finanz-Zeitschriften zu veröffentlichen, die letztmalige Veröffentlichung spätestens einen Monat

his bonds within the meaning of the Austrian Restitution Laws unless the exchange was brought about by direct duress against the former owner.

Article XII

1. In order to assure that holders of bonds listed in Annex A, as well as former holders of such bonds and their successors in interest, are given timely and adequate notification of such action as is required of them to secure a determination of their rights under this Agreement, the Government of Austria shall cause publication of an appropriate notice. The notice shall state the name of the issuer and trustee or fiscal agent and a description of the issue of each of the bond issues referred to in Annex A. The notice shall also recite that certain bonds of the issues so listed have been invalidated by decrees of Austrian courts in proceedings duly brought for that purpose, or by statutory law of Austria. It shall state from whom information may be obtained regarding the specific serial numbers of the bonds so invalidated and it shall set forth the procedure whereby holders of such bonds and former holders or their successors may have their rights determined and, in appropriate cases, receive valid bonds, and it shall state the time limit within which claimants must act. The exact contents of the notice and its size and form shall be subject to approval by the Government of the United States prior to its publication pursuant to paragraph 2 of this Article.

2. Publication of the notice shall begin simultaneously within one month from the entry into force of this Agreement in at least fifteen newspapers or financial journals in the United States and in five newspapers or financial journals in Europe. The selection of these newspapers and financial journals shall be subject to the approval of the Government of the United States. Publication of the notice shall be made on three different dates, within a period of 90 days.

3. The notice shall be published again on three different dates in three newspapers or financial journals having a general circulation in the United States, the last publication to be not later than one month before the expiration of

vor Ablauf der im Artikel II, Paragraph 1, und Artikel XI, Paragraph 1, vorgesehenen anderthalbjährigen Frist.

Artikel XIII

1. Die österreichische Regierung erklärt sich einverstanden, die Gesamtkosten der Durchführung des in diesem Abkommen festgesetzten Verfahrens zur Feststellung der Rechte der Inhaber von in Anlage A aufgezählten Obligationen zu tragen, insbesondere darunter (jedoch ohne die Grundsätzlichkeit der obigen Bestimmung einzuschränken)

- a) die Kosten der Verlautbarung gemäß Artikel XII, einschließlich der Druckkosten und der Kosten einer weitgehenden Verbreitung der Listen der betreffenden Obligationen;
- b) die Bezüge der Mitglieder und des Vorsitzenden des Schiedsgerichtes, gemäß dem Übereinkommen der beiden Regierungen;
- c) die Büromiete, die Gehälter der Angestellten und sonstige notwendige Auslagen des Schiedsgerichtes.

2. Die österreichische Regierung verpflichtet sich, jedem Inhaber einer der in Anlage A aufgezählten Obligationen, dessen Anrecht auf eine gültige Schuldverschreibung kraft eines im Artikel II oder Artikel VIII festgesetzten Verfahrens anerkannt worden ist, zur Deckung der Prozesskosten und sonstiger Auslagen einen Betrag in Höhe von 10 v. H. des Nennwertes der Obligation zu vergüten.

3. Die österreichische Regierung übernimmt es, die zur Begleichung ihrer in diesem Artikel niedergelegten Verpflichtungen erforderlichen Dollardevisen zum jeweiligen Fälligkeitstermin für Zwecke der Überweisung bereitzustellen.

4. Die österreichische Regierung stimmt zu, daß die Interessenten auf ihr an die Österreichische Botschaft in Washington, D. C., oder an das Österreichische Generalkonsulat in New York, New York, gerichtetes Verlangen Auskünfte über die in Anlage A aufgezählten Obligationen, einschließlich ihrer einzelnen Stücknummern, erhalten werden.

Artikel XIV

1. Die in diesem Abkommen gebrauchten Ausdrücke „Obligationen“ („Schuldverschreibungen“, „Wertpapiere“) sind so zu verstehen, daß sie den dazugehörigen Zinsschein oder die dazugehörigen Zinsscheine mit einschließen.

2. Der Ausdruck „Partei“ ist in diesem Abkommen so zu verstehen, daß er die hinsichtlich dieser Obligationen in Betracht kommenden Anleiheschuldner, Treuhänder, Zahlstellen oder

the eighteen-month period prescribed in Article II, paragraph 1, and Article XI, paragraph 1.

Article XIII

1. The Government of Austria agrees to pay the entire cost of implementing the procedure prescribed by this Agreement for the determination of the rights of holders of bonds listed in Annex A including, in particular (but without limiting the generality of this provision):

- (a) the costs of giving notice as required by Article XII, including the costs of printing and widespread distribution of the lists of bonds involved;
- (b) the compensation of the members of the Tribunal and of its Chairman, as agreed upon between the two Governments;
- (c) office rent, salaries of employees and other necessary expenses of the Tribunal.

2. The Government of Austria agrees to pay to any holder of a bond listed in Annex A who is found as a result of proceedings referred to in Article II or Article VIII to be entitled to a valid bond an allowance for legal and other expenses in the amount of 10 percent of the face amount of the bond.

3. The Government of Austria agrees that it will make available for transfer the dollar exchange necessary to effectuate the payments of its obligations under this Article as they become due.

4. The Government of Austria agrees that, upon request of any interested person to the Austrian Embassy, Washington, D. C., or the Austrian Consulate General, New York, N. Y., information regarding bonds listed in Annex A, including the specific serial numbers, will be made available.

Article XIV

1. The term "bond" or "bonds" in this Agreement shall be deemed to include the appurtenant coupon or coupons of such "bond" or "bonds".

2. The term "party in interest" in this Agreement shall be deemed to include the issuer of bonds involved, any trustee, any paying or fiscal agent with respect to such bonds, and any party

Fiskalagenten sowie jede Partei, die entweder eine der in Anlage A aufgezählten Obligationen besitzt oder der eventuell Verpflichtungen aus solchen Obligationen erwachsen, einschließt.

Artikel XV

Die österreichische Regierung erklärt sich bereit, falls von der Regierung der Vereinigten Staaten Einwendungen erhoben werden, daß die Durchführung dieses Abkommens dazu geeignet erscheint, den Vereinigten Staaten, ihren Staatsangehörigen oder den Staatsangehörigen anderer Länder unbillige Härten aufzuerlegen, oder sich sonst als unbrauchbar und undurchführbar erweist, Maßnahmen zu treffen, um diese Härten zu beseitigen oder das Vorhaben brauchbar und durchführbar zu gestalten. Insbesondere und ohne die Grundsätzlichkeit des oben Gesagten einzuschränken, ist die im Artikel II, Paragraph 1, und die im Artikel XI, Paragraph 1, vorgesehene Frist von anderthalb Jahren zu verlängern, wenn dies die Regierung der Vereinigten Staaten noch vor Ablauf der anderthalbjährigen Frist beantragt.

Artikel XVI

1. Das vorliegende Abkommen ist zu ratifizieren, und der Austausch der Ratifikationsurkunden soll alsbald in Wien erfolgen.

2. Das Abkommen tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die unterfertigten, von ihren Regierungen hierzu ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreter dieses Abkommens unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Washington, am einundzwanzigsten Tage des Monats November 1956 in zweifacher Ausfertigung je in deutscher und englischer Sprache, wobei beide Texte gleich maßgebend sind.

Für die Republik Österreich:

Leopold Figl m. p.

Für die Vereinigten Staaten von Amerika:

Herbert Hoover Jun. m. p.

who either holds a bond listed in Annex A or who may be liable on such bond.

Article XV

The Government of Austria agrees that if appropriate representation is made by the Government of the United States that the operation of this Agreement appears likely to impose undue hardships upon the United States or its nationals, or nationals of other countries, or otherwise proves to be impracticable or unworkable, the Government of Austria will take action to eliminate such hardships or make the program practicable or workable. In particular, and without limiting the generality of the foregoing, the eighteenmonth period for the filing of claims described in Article II, paragraph 1, and in Article XI, paragraph 1, shall be extended if the Government of the United States so requests before the end of the eighteen-month period.

Article XVI

1. The present Agreement shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged at Vienna as soon as possible.

2. The Agreement shall enter into force on the date of the exchange of ratifications.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned representatives duly authorized thereto by their respective governments have signed this Agreement.

DONE at Washington, in duplicate, in the German and English language, both texts being equally authentic, this twenty-first day of November, 1956.

For the United States of America:

Herbert Hoover Jun. m. p.

For the Republic of Austria:

Leopold Figl m. p.